



⇒ Rudi Schmiede

Digitaler Kapitalismus und Abstiegs-gesellschaft – Philipp Staab und Oliver Nachtwey liefern Analysen und Erklärungsansätze

Die rapide Ausbreitung des Informations- oder digitalen Kapitalismus mit seinen Komponenten der Globalisierung, der Informatisierung und der Finanzialisierung hat in den letzten Jahren erfreulicherweise eine deutliche Belebung der kapitalismuskritischen Forschung und Debatte nach sich gezogen – im anglo-sächsischen Sprachraum breiter, aber auch in Deutschland rasch an Gewicht gewinnend. Die beiden hier zur Rezension stehenden Autoren gehören zu diesem Kreis der aktiven Kritiker und arbeiten seit geraumer Zeit daran, den inneren Zusammenhängen zwischen den Veränderungen der Produktionsweise, ihrer technologischen Entwicklung, der Umwälzung der Arbeitsverhältnisse und nicht zuletzt der damit einhergehenden wachsenden sozialen Ungleichheit genauer auf die Spur zu kommen. Die beiden hier zu diskutierenden Texte sind zwar sehr unterschiedlich; gleichwohl eint die beiden Verfasser eine gemeinsame theoretische Grundlage, die auch Ausdruck in einer Reihe gemeinsamer Publikationen gefunden hat.¹ Beide stützen sich theoretisch stark auf die von langjährigen Links-Sozialdemokraten – die im letzten Jahrzehnt ins Sozialdemokratie-kritische Lager gewechselt haben – formulierten Kritiken an den ökonomischen Grundlagen des heutigen Kapitalismus sowie an dessen politischen, die Demokratie gefährdenden Auswirkungen.²

Sie gehen aber erfreulicherweise in ihren sozialstrukturellen und politischen Analysen deutlich über diese Referenzen hinaus – wie überhaupt die Verbindung von Ökonomiekritik und Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Veränderungen die Stärke beider Veröffentlichungen ist.

Philipp Staab (2016): Falsche Versprechen – Wachstum im digitalen Kapitalismus, Hamburg: Hamburger Edition. 133 S., ISBN 978-3-86854-305-6, EUR 12,00.

Oliver Nachtwey (2016): Die Abstiegs-gesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin: Suhrkamp. 264 S., ISBN 978-3-518-12682-0, EUR 18,00.

DOI: [10.18156/eug-2-2018-rez-2](https://doi.org/10.18156/eug-2-2018-rez-2)

(1) So kürzlich Nachtwey/Staab 2018 oder Staab/Nachtwey 2016, sowie Nachtwey/Staab 2015.

(2) So etwa Crouch 2009; ders. 2015 oder Streeck 2009; ders. 2012; ders. 2013.

Staab richtet sich vor allem gegen die Konsumversprechungen des aktuellen Kapitalismus. Sein Buch hat, wie der Autor hervorhebt, »die stilistische Form des Essays« (20), geht aber in manchen Passagen und in seiner Gesamtlänge doch über diese Form hinaus. Staab diskutiert die Entwicklung zum digitalen Kapitalismus vor allem als Weg in ein »Konsumtionsdilemma« (so der Titel des abschließenden Kap. VI). Dieses grundlegende Konsumtionsproblem besteht in der Formulierung des Verfassers darin, dass – im Unterschied zu der Periode der Nachkriegsprosperität – das heutige Produktionsmodell »nicht mehr aus sich heraus jene Nachfrage, die zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Wachstumsraten der unmittelbaren Nachkriegszeit vonnöten gewesen wäre«, erzeugt (13). Diese Disparität werde durch den digitalen Kapitalismus verschärft, der bislang seinen Schwerpunkt in den konsumnahen Dienstleistungen wie der Werbung, der Waren-distribution und dem Handel habe. Die explosionsartige Expansion des E-Commerce etwa durch Amazon, Google, Apple, Facebook oder Microsoft mit ihren neuen Konsumtionsmodellen finde dort statt. Staab schreibt: »Die Rationalisierungsversuche im Bereich der Nachfrage legen es aus meiner Sicht nahe, den digitalen Kapitalismus als eine Antwort auf das Konsumtionsproblem des Gegenwartskapitalismus zu interpretieren.« (19)

Die Ausführungen in den folgenden Kapiteln des Essay-Buchs dienen im Wesentlichen der Begründung und Erläuterung dieser These. Während der Fordismus auf den Massenkonsum angewiesen sei (zitiert wird dafür nicht überraschend F. W. Taylor), sei – nachdem sich die als Antwort auf die Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre konzipierte staatliche keynesianische Wirtschaftspolitik zur Förderung des Massenkonsums nicht bewährt habe – im Zuge der Digitalisierung des Konsums ein »privatisierter Keynesianismus« (Crouch) entstanden, der durch die Expansion der privaten anstelle der öffentlichen Schulden charakterisiert sei: als beispielhafter Beleg gilt der amerikanische Immobilienmarkt im Vorfeld der Finanzkrise von 2008. Die mit der Digitalisierung einhergehende weitere Rationalisierung der Fertigungsprozesse, die Entstehung eines neuen Dienstleistungsproletariats sowie die Finanzialisierung der Ökonomie hätten auf diese Weise systemisch der erforderlichen Steigerung der Massenkonsumtion entgegengewirkt. Auch die ideologischen Ausgeburten der sich mit diesen Veränderungen der Produktionsweise verbindenden Hoffnung auf die Anfeuerung des Konsums der breiten Bevölkerung werden erläutert: Der »Solutionismus« (Mozorov) sei die gemeinsame Überzeugung der Frontleute der digitalen Ökonomie. Dazu gehöre »die Lehre

vom disruptiven Charakter digitaler Innovationen« (42) und ihrer segenreichen Wirkung. Sie werde ergänzt durch den ausgeprägten Anti-Institutionalismus der Solutionisten.

Staab führt allerdings auch die ausgeprägte Volatilität digitaler Monopole an, die darin begründet sei, dass die sehr niedrigen Grenzkosten, die in den Netzwerkeffekten der Angebote ihre Ursache habe, sie zugleich angreifbar durch Veränderungen in den sozialen Netzwerken machten. Die Finanzierung durch Risikokapitalgeber bedeute hier ein zusätzliches Risiko.

Wegen seiner theoretischen Konzentration auf das Konsumtionsproblem schätzt der Autor auch die unter Ökonomen höchst kontroverse Debatte über das Produktivitätsparadox der Digitalisierung als »am Kernproblem des digitalen Kapitalismus vorbei[gehend]« ein (62). Denn die gegenwärtigen Anstrengungen setzten auf die Steigerung der Effizienz des Konsums, auf *lean consumption*; dies sei das zentrale Geschäftsmodell der Weltmarktführer, was anhand einer Reihe von Beispielen erläutert wird. Im Gegensatz zu Fourastiés These von der Technikaversität der Dienstleistungen werde in der Realität der digitalisierten Konsumangebote mit den arbeitenden Kunden, den »Prosumern«, gerade das Gegenteil verwirklicht. Die Individualisierung der Konsumtion via Distinktion sei – als logisches Gegenstück zur Individualisierung der Produktion – zudem ein entscheidender Hebel für die Durchsetzung der Grenzenlosigkeit des Konsums.

Der digitale Kapitalismus führe darüber hinaus auch zur sozialen Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft. Während die fordistische Produktionsweise und Gesellschaftskonstellation auf dem wechselseitigen »Tauschgeschäft« beruhte, worin einer weitgehenden Ein- und Unterordnung der Arbeitenden in das betriebliche Geschehen hohe Beschäftigungsraten und steigende Konsumkraft gegenüberstanden (vgl. 84), trenne die sozial polarisierte Nachfragekraft die sozialen Schichten in sich verschärfender Weise. Die Ausbreitung einfacher Dienstleistungstätigkeiten einerseits, das Wachstum der zunehmend höher qualifizierten Aufgaben in Verwaltung, Management, Bildung, Kultur oder technischer Optimierung andererseits stellten den Erfolg der Konsumförderung durch die digitalisierte Ökonomie infrage; es dehne sich nämlich ein neuer »digitaler Taylorismus« (92f.) aus. Die Entwertung und Ausdünnung des mittleren Managements zugunsten einer digital kontrollierten und individualisierten *Peer-to-Peer*-Herrschaft (vgl. 99) verstärke diesen deutlich. Digital strukturierte Arbeits- und Kontrollsysteme (»Algokratie«) wie etwa beim *Crowd Sourcing* untermauerten diese Entwicklung; es entstehe der Typus einer »digitalen »Kontingenzarbeitskraft« wie beim *mechanical turk* von

Amazon (vgl. 107), die überhaupt nicht mehr in soziale Bezüge eingebettet sei. Abgerundet wird diese Entwicklung aus der Sicht des Autors durch die in den verschiedensten Lebens- und Arbeitsbereichen einsetzende Robotisierung.

Staabs Fazit: »Den Kern der Digitalisierungsprozesse der jüngeren Vergangenheit macht die umfassende Restrukturierung der Konsumtions- und Distributionsapparate aus.« (120) Und dies bedeute: »Das Dilemma dieser Wirtschaftsform besteht folglich in dem Umstand, dass die hierzu implementierten Lösungen zu weiteren Kaufkrafteinbußen und damit einer weiteren Verschärfung des Konsumtionsproblems führen könnten.« (119) Wir sehen also »ein dem digitalen Kapitalismus inhärentes Konsumtionsdilemma« (124) mit der Konsequenz: »Die Verheißungen des digitalen Kapitalismus sind im Begriff, sich als falsche Versprechen zu entpuppen.« (125)

Nun sind die empirischen Grundlagen für diese Grundthese bislang schwach. In Deutschland hat sich die Einkommensverteilung in den letzten 10 Jahren nur geringfügig verändert; vorher waren ihre Bewegungen vor allem durch die sozialdemografischen Folgen der deutschen Vereinigung geprägt. Und international sind die Lebensbedingungen zwar nach wie vor äußerst ungleich, aber in den vergangenen 2 bis 3 Jahrzehnten haben die Polarisierung im mittleren Bereich und auch die weltweite Armutsquote deutlich abgenommen.

In Bezug auf die theoretische Erklärung der Dynamik der früheren und gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung vertritt Philipp Staab eindeutig einen unterkonsumtionstheoretischen Ansatz. Er schreibt: »Beim Marx'schen Begriff der ›Überproduktionskrise‹ handelt es sich um die Beschreibung frühindustrieller Konsumtionskrisen, die aus den widersprüchlichen Zielen des Kapitalismus erwachsen, der die Gewinne steigern will und dabei die Produktivität erhöht, während zeitgleich die Löhne und damit die Nachfrage sinken.« (71; Fn. 104) Es berührt schon etwas eigentümlich, dass der Autor die fast ein Jahrhundert alte internationale Debatte über die marxsche Analyse der Akkumulationsdynamik und der Krisen, in der ja nun substantielle Argumente gegen die kurzsichtigen Züge und Mängel der Unterkonsumtionssicht vorgetragen worden sind, nicht einmal einer Erwähnung für würdig hält – und das in einem konzeptionell ausgerichteten theoretischen Essay. So sehr man vielen der Einzeldiagnosen und auch der Richtung seiner Kapitalismus- und Gesellschaftskritik zustimmen mag – für das theoretische Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung ist der Beitrag des Essays von Philipp Staab wenig ergiebig.

Das gilt nicht für das Buch von Oliver Nachtwey. Er formuliert eine empirische und theoretische Analyse des Übergangs von der Phase der »sozialen Moderne« zur gegenwärtigen, von ihm als »regressive Modernisierung« verstandenen Epoche, die beide durch die Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre getrennt sind. Der Akzent der Analyse liegt auf den sozialstrukturellen und politischen, »mit soziologischer Leidenschaft vorgetragenen« (10) Unterschieden beider Konstellationen, wenn auch eine Diskussion der abnehmenden Wachstumsdynamik des Kapitalismus im Verlauf beider Epochen den Hintergrund der Interpretation bildet – denn der Autor sieht die gegenwärtige Periode zugleich als »Postwachstumskapitalismus«.³ Seine Diagnose begreift sich als Gegenthese zum Ulrich Beck'schen, für alle Beteiligten aufwärts gerichteten »Fahrstuhleffekt«, den er für die vergangene Epoche durchaus als zutreffend ansieht; er werde jedoch gegenwärtig abgelöst durch ein Wirrwarr von aufwärts und abwärts fahrenden Rolltreppen, die ständig wechselnd besetzt sind (vgl. 126f., 157, 165). Zugleich hätten diese gesellschaftlichen Veränderungen jedoch neue politische Mobilisierungen mit sich gebracht, denen allerdings bislang allen »eine Idee von einer gelingenden Zukunft« fehle (15).

Die Periode der »sozialen Moderne« sieht Nachtwey erstaunlicherweise als Produkt des keynesianischen Kapitalismus – obwohl der ja erst im Anschluss an die erste Wirtschaftskrise dieser Epoche in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre einsetzte. Als soziale Charakteristika nennt er zutreffend die Herausbildung des ausgeprägten Sozialstaats, die Herrschaft des Normalarbeitsverhältnisses, die Wirksamkeit sozialer und wirtschaftlicher Staatsbürgerrechte und den damit verbundenen sozialen Aufstieg, zu dem nicht zuletzt – allerdings wirksam erst in den 1960er und 1970er Jahren – der Aufstieg durch Bildung gehörte. Der Autor sieht im Verlauf dieser Entwicklung eine materielle, lebensweltliche und mentale »Entproletarisierung« (29) am Werke, obwohl die Klassengrenzen in vielfacher Hinsicht sichtbar geblieben

(3) In dem in Anm. 1 erwähnten Text von 2018 konzentrieren sich die beiden Autoren, obwohl ihr Ziel die Analyse des Produktionsmodells des digitalen Kapitalismus ist, eher auf dessen konsumnahe Ausprägungen: Sie stellen als Kern des postfordistischen Produktionsmodells und dann auch der Marktorganisation die Plattformökonomie dar; und als wesentliches Moment der mit ihr einhergehenden Arbeitsbeziehungen die digitale Prozesssteuerung mit der dadurch erzeugten »kontingenten Arbeitskraft«. So zutreffend dieser Analyseansatz ist – für die von den beiden Verfassern zu Recht geforderte kapitalismusanalytische Digitalisierungsforschung reicht er nicht aus, da der innere Zusammenhang von Digitalisierung und Akkumulationsdynamik, zumal in ihren weltweiten Ausprägungen, unthematisiert bleibt.

seien. Einher mit diesen Veränderungen sei jedoch – neben einem Mehr an staatlicher Intervention und Kontrolle – eine Dialektik der Reduzierung der vertikalen Ungleichheit bei gleichzeitiger Schaffung neuer horizontaler Differenzen gegangen, »vor allem zu Lasten von Frauen und Migranten« (40). Der Sozialstaat und der soziale Kompromiss seien mithin »das kongeniale Komplement zum keynesianischen Kapitalismus« gewesen. »In der Folgezeit erodierte die soziale Moderne jedoch zusehends. Ihre Institutionen, Kompromisse, Normen und vor allem die gerade analysierten Merkmale – Sozialstaat, Normalarbeitsverhältnis, soziale Staatsbürgerrechte und sozialer Aufstieg – wurden und werden in ihrer Geltung ausgehöhlt.« (41)

Den gegenwärtigen »Kapitalismus (fast) ohne Wachstum« (Kap. 2; 43–70) versteht Nachtwey – unter vorsichtiger Berufung auf die marxsche Krisentheorie und anglo-sächsische empirische Untersuchungen (Brenner, Harvey, Kliman, Norfield) – als Wirtschaft mit (seit den 1960er Jahren) in der Tendenz fallenden Profitraten. Nach der historischen wirtschaftlichen Ausnahmeperiode der drei Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg trete nun das Problem der »Überakkumulation« von Kapital (Harvey) in den Vordergrund, die nur vermittelt mit den sinkenden Profitraten zusammenhänge. Jedenfalls gehe diese mit einer kontinuierlich rückläufigen Investitionsquote einher. Zugleich und als Antwort auf diese Probleme gewinne die Finanzialisierung (also »das Übergreifen der Logik der Kredit- und Kapitalmärkte auf die Produktionsökonomie« (59)) zunehmend an Gewicht und verstärke die Investitions- und Risikoscheu. Nachtwey rückt die Ursachenfolge in den Fokus der Aufmerksamkeit: »Der Finanzkapitalismus entstand, weil die Profitraten in der Realwirtschaft gesunken waren.« Und: »Der Finanzkapitalismus war ursprünglich als Reaktion auf die Wachstumskrise geboren worden, nun erwuchs er zu einer eigenständigen Ursache dieser Krise.« (61) Das Wachstum der letzten Jahre sei deshalb vor allem der expansiven Geld- und Kreditpolitik der Zentralbanken zu verdanken. Hier zieht der Autor eine Verbindungslinie zum erwähnten »privatisierten Keynesianismus« (Crouch). Er sieht insgesamt den Finanzkapitalismus als »eine tickende Zeitbombe« (67), denn: »Letztlich konnten weder der Neoliberalismus noch die Finanzialisierung das Versiegen der Wachstumskräfte aufhalten.« (68)

Die »regressive Modernisierung« (Kap. 3; 71–118) sieht der Verfasser weniger als abrupten Epochenbruch (dafür kritisiert er Historiker wie Doering-Manteuffel/Raphael oder Rosanvallon) denn als Verstärkung der inneren Widersprüche von Ökonomie und Gesellschaft. Deshalb wird von ihm »ein von der Kritischen Theorie beeinflusster Zugang

gewählt, der mit der paradoxen Formel der regressiven Modernisierung eher die internen Widersprüche und gegenläufigen Entwicklungen betont« (74f.). Neben regressiven Rückschritten in der gesellschaftlichen Integration gebe es durchaus Schritte in Richtung abnehmender Diskriminierung einzelner Gruppen. Die ökonomische Inklusion gehe, da die regressiven Tendenzen überwiegend bei den Unterklassen landeten, oft mit zunehmender Ungleichheit einher. Der Neoliberalismus sei darüber hinaus ein heimliches Bündnis mit emanzipativen Tendenzen der Mittelklasse eingegangen; Subjektivierung befördere oft den Konkurrenzkampf, worauf ja schon vor Jahren Luc Boltanski und Eve Chiapello in ihrer Analyse des neuen Geistes des Kapitalismus als Integration der »Künstlerkritik« hingewiesen haben; Autonomie und Teilhabe wurden hier für Sicherheit und soziale Gerechtigkeit eingetauscht. Die Postdemokratie werde dadurch zu einer Regierung der Märkte, das demokratische Gebäude werde sozusagen von innen ausgehöhlt. Sie werde schließlich zu einer »Hülle für Klassenpolitik« und zu einer »Eliten-Demokratie« (93). Dieser Umschlag wurde, so Nachtwey, erheblich durch Abbaumaßnahmen des Sozialstaats in den drei Jahrzehnten nach der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre gefördert: »Die Agenda-2010-Reformen markierten den Abschied von der sozialen Moderne.« (96) Nur diejenigen Personen, die die Herausforderungen im Markt in Eigenverantwortung schultern konnten, sich konform verhielten und nicht auf den Sozialstaat angewiesen waren, erfuhren und erfahren, so Nachtwey, einen Zugewinn an Autonomie und bleiben von den Zumutungen autoritärer Staatlichkeit verschont. Diese Entwicklung zeige sich auch in einer Tendenz von der integralen (durch Tarife und Mitbestimmung geprägten) zur fragmentierten Fabrik mit vielen unterschiedlichen Teileinheiten, und selbst bei einer Reihe hochqualifizierter Tätigkeiten in der Tendenz zu (zeitlich begrenzten) Werkverträgen. Die Markt-Individualisierung trete an die Stelle der Persönlichkeit, die frühere Chancengleichheit werde durch eine Kultur des Erfolgs im Sinne eines zugespitzten Leistungsprinzips ersetzt. Heute gelte: »Je mehr eine Gesellschaft auf Chancengleichheit setzt, desto ungleicher wird sie und desto legitimer werden die Ungleichheiten.« (114) Die Regression dehne sich schließlich auch auf die soziale Staatsbürgerschaft aus: Staatsbürgerrechte würden neu konstituiert als individuelle Marktbürgerschaftsrechte. »Der Marktbürger ist im Grunde kein Bürger mehr, sondern ein Kunde mit Rechten.« (116)

Diese Konstellation zieht, so Nachtwey, in erheblichem Ausmaß ›soziale[n] Abstieg‹ (Kap. 4; 119–180) nach sich. Entgegen immer wieder geäußelter Erwartungen habe das Beschäftigungsvolumen auch in

den letzten Jahrzehnten fast kontinuierlich zugenommen, allerdings mehr und mehr in Form einer »prekären Vollerwerbsgesellschaft« (Klaus Dörre). Die Arbeitsprozesse hätten in erheblichem Ausmaß ihre integrative Funktion verloren, Abstiegsprozesse hätten sich auf größer werdende Segmente der Gesellschaft ausgedehnt. Die Ausweitung der Dienstleistungssektoren habe vor allem die industriellen Dienstleistungstätigkeiten verstärkt. Nur für Kategorien hoch qualifizierter Berufe – Berater, Ingenieure, Wissensproduzenten – habe die Dienstleistungsgesellschaft sozialen Aufstieg und mehr Autonomie mit sich gebracht. Dagegen sei ein wachsendes »Dienstleistungsproletariat« (Bahl/Staab) entstanden. Die Entwicklung der Realeinkommen insgesamt sei nicht länger rückläufig, sondern moderat steigend; aber sie habe sich im vergangenen Jahrzehnt erheblich gespreizt. Die Lohnquote sei in den 1990er und 2000er Jahren deutlich zurückgegangen, seitdem aber weitgehend konstant. Aber Einkommens- und Vermögensverteilung blieben sehr ungleich; die Armut habe sich weiter ausgedehnt. Atypische Arbeitsverhältnisse seien – nicht nur in den gängigen Formen der befristet oder geringfügig sowie der Teilzeit- oder in Leiharbeit Beschäftigten, sondern auch in Form prekärer Solo-Selbständiger – kontinuierlich auf ein gutes Drittel aller Arbeitstätigen angewachsen. Die zunehmende Integration von Frauen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozess habe zu einem ungebremsen Anstieg der Teilzeitbeschäftigung und damit zur weiteren Erosion des Normalarbeitsverhältnisses geführt. Diese angewachsenen externen Beschäftigungsverhältnisse dienten zur Disziplinierung der internen Arbeitsmärkte. »Kurzum: In der prekären Vollerwerbsgesellschaft wird die nach wie vor existierende Spaltung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitslosen nun ergänzt durch einen dualisierten Arbeitsmarkt mit zwei interferierenden Welten, einer der geschrumpften Stabilität und einer der ausgeweiteten Prekarität.« (146f.)

Der Autor greift hier zur genaueren Analyse die Unterscheidung dreier Zonen neuer sozialer Unsicherheit von Robert Castel auf: Die Zone der Integration mit überwiegenden Normalarbeitsverhältnissen und hoch qualifizierten Atypischen; die Zone der Verwundbarkeit, in der subjektive Sicherheit und soziale Netze erodieren; und die Zone der Entkoppelung, deren Mitglieder weitgehend von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen sind. Während in der Aufstiegsperiode der sozialen Moderne der Weg vieler hin in die gesicherte Mitte geführt habe, breite sich heute umgekehrt die Abstiegsgefahr in diese Mitte aus. »Man kann insofern davon sprechen, dass sich die Mitte polarisiert.« (151) Ihre unteren Ränder würden abgetragen, d.h. die untere Mittelschicht habe deutlich abgenommen. Die unsicheren Arbeitsverhältnisse

reichten jedoch, wie erwähnt, auch in viele höher qualifizierte Gruppen von Beschäftigten (der Autor erwähnt Ingenieure, IT-Experten, bei Unternehmen beschäftigte Handwerksmeister, Lehrer, Anwälte, Journalisten) und wirkten sich besonders auf Junge aus.

Bei den beruflichen Aufstiegen sei zu fragen, ob diese Titel auch Aufstiege im Arbeitsverhältnis bedeuten. Die beruflichen Aufstiege überwiegen immer noch weit die Abstiege; aber sie seien in Westdeutschland bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern, während in Ostdeutschland bei beiden Geschlechtern die Abstiege deutlich zugenommen hätten und sich mit den Aufstiegen die Waage hielten. Auch Aufstiege seien nicht länger notwendig mit Zukunftserwartungen verbunden.

Nachtwey führt für seine Diagnose der Abstiegsgesellschaft die mittlerweile weit bis in die soziale Mitte reichende Gefährdung, das Stehen auf einer Rolltreppe nach unten, an. »Für die Diagnose der Abstiegsgesellschaft spricht auch ein normatives Argument: Unsere Gesellschaft fällt hinter ein bereits erreichtes soziales Entwicklungsniveau, das von ausgeprägter sozialer Integration, relativer Gleichheit und sozialen Bürgerrechten (aber nicht unbedingt von materieller Gleichheit) geprägt war, zurück, und das obwohl ihr Gesamtwohlstand weiter wächst.« (161) Zur Bekräftigung führt der Autor die Herausbildung einer neuen Unterklasse an, die einem Regime der »strengen Zumutbarkeit« unterworfen sei und ALG II-Empfänger, darunter viele Frauen und Migranten, und Aufstocker umfasse; die Gruppe der *working poor* sei in Deutschland stärker als in allen anderen EU-Ländern angewachsen.

Auch mental sieht der Autor diese Regression als »Wiederkehr der Konformität« (Cornelia Koppetsch) einerseits, als Renaissance bürgerlicher Beflissenheit und damit verbundener Intensivierung von Distinktionskämpfen andererseits. Dem Auf- oder Abstieg entsprechende Selbstzuschreibungen verstärkten diese Auseinanderentwicklung wiederum.

Nachtweys Untersuchung kommt zu dem Ergebnis: »neue Klassengesellschaft« (169); »Die Abstiegsgesellschaft führt in eine neue Klassengesellschaft. Die Oberklasse lebt in einer ständischen Welt, in der man sozial abgeschottet ist. Die Mittelklasse koproduziert sich durch die zunehmende Praxis sozialer Schließungen und kultureller Distinktionen. Die Melange aus sozialstaatlicher Kontrolle und Disziplinierung, prekären Jobs oder Sozialleistungen konstruiert eine neue Unterklasse.« (169) Nachtwey argumentiert, dass dadurch die in den vergangenen Jahrzehnten gängig gewordene Kritik am marxischen Klassenbegriff widerlegt sei. »In einem weiten Sinne hat

sich die Klassengesellschaft im marxischen Sinne nämlich erst heute herausgebildet. Bei Marx ist Klasse ein relationaler Begriff: Der Ausschluss vom Eigentum an Produktionsmitteln impliziert eine fundamentale Machtasymmetrie und unterscheidet die Arbeitnehmer von den Kapitalisten.« (171f.) Nie seien mehr Menschen lohnabhängig gewesen als heute, und das global. Wir hätten es aber wegen der nach wie vor großen Bedeutung der Mittelklassen keineswegs mit einer dichotomen Klassengesellschaft zu tun. »Für eine moderne Klassenanalyse empfiehlt sich deshalb ein ›pragmatischer Realismus‹, der die Dimensionen Macht, Ausbeutung, Schließung und Lebenschancen mit einbezieht.« (173) Hierzu habe man auch die von Max Weber ins Zentrum gestellten Marktlagen zu berücksichtigen, ferner die in der Soziologie immer wieder thematisierten horizontalen Disparitäten, die auch – trotz aller Emanzipation – zu noch nie so stark wie heute ausgeprägten Ungleichheiten zwischen Frauen geführt hätten. Eine solche Pluralisierung der Klassenverhältnisse lege zunächst eine »Klassengesellschaft ohne Klassenspannung« (Heinz Bude) nahe, die nicht in kollektives Handeln mündet. Es gebe aber zunehmende Akte des Aufbegehrens.

Ich habe dieses vierte Kapitel des Buches deswegen ausführlich referiert, weil es das Kernkapitel von Nachtweys Analyse darstellt. Es ist sowohl empirisch als auch theoretisch am reichhaltigsten. Und – ein großer Vorteil für den Leser – der Autor trägt in einzelnen Textpassagen erzählend immer wieder eigene Erfahrungen aus seiner empirischen Forschung bei, der Arbeitsforschung, aber immer auch mit dem Blick auf die soziale Situation und Selbstinterpretation der Befragten. In dieser Form ist es einladend und erfreulich, Sozialforschung zu lesen.

Dem ›Aufbegehren‹ ist das abschließende Kap. 5 (181–234) des Buches gewidmet. Mit Blick auf die vielfältigen, oft auch nur kurzfristigen Formen des öffentlichen Auftretens von rechten und linken Wutbürgern, Protesten gegen Hartz IV oder gegen Energieprojekte, gegen Überwachung und große Bauprojekte, in Gestalt von Occupy etc. schließt der Autor: »Ja, die soziale Frage kehrt zurück, aber nicht in der Form, in der man sie früher gekannt hat.« (183) Diese früheren Konflikte seien in ihrer eingedämmten Form charakteristisch für eine Gesellschaft des sozialen Aufstiegs gewesen. Durch den Richtungswechsel hin zur Abstiegs-gesellschaft habe sich das jedoch geändert: »Für manche Gruppen droht die Erwerbsarbeit die Funktion der gesellschaftlichen Integration immer stärker einzubüßen: Soziale Sicherheit, Prestige oder Wertschätzung werden nicht länger hinreichend über Erwerbsarbeit vermittelt. Für große Gruppen droht ein

kollektiv erfahrbares Anerkennungsdefizit« (187), so Axel Honneth. Während die Protestwelle gegen die Agenda 2010 im Jahr 2003 noch außerhalb der Betriebe und Verwaltungen geblieben sei, hätten in den letzten 10 Jahren die Streiks deutlich zugenommen, und zwar überwiegend im Dienstleistungssektor. Allerdings vereinten die DGB-Gewerkschaften eher Bereiche mit geringen Machtressourcen, während Beschäftigtengruppen mit struktureller Macht sich in Berufsverbänden organisierten und diese tariffähig gemacht hätten. Gerade für die erste Gruppe – als Beispiele nennt Nachtwey die Sozial- und Erziehungsdienste und das Gesundheitswesen, aber auch das Reinigungsgewerbe, Post und Einzelhandel – gehe es häufig um eine Aufwertung und Anerkennung der Tätigkeit; und dies erstreckte sich auch auf die Regelung der Leiharbeit.

Auf europäischer Ebene fanden, so Nachtwey, diverse Kampagnen gegen die vorherrschende Austeritätspolitik statt, die oftmals den Charakter »urbaner Aufstände« (204) angenommen hätten. Hier entwickelten sich ihm zufolge auch »postkonventionelle« Proteste, die sich gegen das Nicht-Einlösen der »Versprechen des modernen Kapitalismus von Leistungs- und Chancengleichheit, von Aufstieg und Sicherheit durch Bildung« (205) richteten und oft durch junge und gut qualifizierte Menschen getragen wurden. Dieser »Aufruhr der Ausgebildeten« (Wolfgang Kraushaar) werde etwa in den Teilnehmerstrukturen von *Occupy*, aber auch im sogenannten Arabischen Frühling, bei den spanischen Stadtprotesten, in Athen oder in Istanbul sichtbar. Der Autor erläutert an *Occupy*, dass dort nicht nur Proteste gegen die ökonomische Verteilung (Abstieg) und gegen die Form der politischen Herrschaft (Postdemokratie) als Kämpfe um soziale Gerechtigkeit und Umverteilung zusammengeführt wurden, sondern dass darüber hinaus eine »systemische Bewegung« entstand, »die die gesamte Gesellschaft als Projekt betrachtete« (208). Allerdings blieben diese Bewegungen, wie er betont, wegen ihres die ganze Person beanspruchenden Charakters, der mit dem Alltagsleben der Bevölkerungsmehrheit nicht zu vereinbaren ist, sozial und zahlenmäßig beschränkt. Die Ausweitung der Bürgerproteste sei politisch durchaus ambivalent. Erwartungen des marktbürgerlichen Konsumenten, verbreitete Ressentiments gegenüber der real existierenden Demokratie sowie das spezielle Agieren der »Expertenbürger« machten das deutlich. Solche Aktivitäten könnten auch in neo-autoritäre Strömungen (wie bei rechten Wutbürgern, etwa Pegida) umschlagen. Schon die Erfahrungen der Ausbreitung des Nationalsozialismus hätten diese Gefahr erkennen lassen. Damals wie heute stecke hinter ethnischer Diskriminierung meist das Streben nach dem »Erhalt von Etabliertenvorrech-

ten« (219), deren Verlust gerade von der unteren Mittelschicht, die den Kern von Pegida stellt, bekämpft werde. »Die Angst vor dem Abstieg bringt einen ganz eigenen Autoritarismus hervor.« (220) – wie Nachtwey unter Rückgriff auf die Autoritarismus-Analysen der Kritischen Theorie, besonders die von Adorno, erläutert.

Die neuen Protestbewegungen seien, so der Autor, auch wenn sie in Zukunft zu neuen Klassenbewegungen werden könnten, davon heute noch weit entfernt. Es dominiere eine »exklusive Solidarität« (225) mit der eigenen Statusgruppe. So etwas wie ein Klassenbewusstsein sei allenfalls in der diffusen Unterscheidung von Elite und Bevölkerungsmehrheit spürbar. »Bei den neuen emanzipatorischen sozialen Bewegungen steht die Neuerfindung der demokratischen Praxis im Mittelpunkt.« (227) Dies sei sowohl in einer Reihe von Arbeitskonflikten als auch in der Wahl von Protestvertretern in öffentliche Ämter (etwa in Spanien oder Griechenland) sichtbar geworden. Aber was bislang fehle, sei der Blick in die Zukunft, erst recht die Vorstellung eines Weges dorthin; es zeige sich darin »eine Krise der linken Imagination« (232). Auf der anderen Seite sei die Gefahr wachsender Stärke autoritärer Strömungen nicht zu unterschätzen, »die sich der liberalen Grundlagen unserer Gesellschaft entledigt. Diese Gefahr ist der böse Zwilling des demokratischen Aufbegehrens.« (233)

Oliver Nachtwey bietet – wie könnte er auch – keine Lösung dieser problematischen Widersprüchlichkeit. Sein »Buch soll zunächst analysieren, wo die Probleme der gegenwärtigen Entwicklung liegen« und damit vielleicht einen Anstoß zu Überlegungen über »eine solidarische Moderne« geben (233). Dies ist ihm weitgehend gelungen. Sicherlich hätte man die eine oder andere Entwicklung – etwa die Debatte und Bewegung um ein bedingungsloses Grundeinkommen, die Kontroversen um Hartz IV – noch genauer beleuchten können. Das tut aber der eindrucksvollen Gesamtleistung des Buches keinen Abbruch, in einem großen Bogen von der historischen Entwicklung über die Ansätze einer Analyse der Dynamik des gegenwärtigen Kapitalismus (bzw. ihr Fehlen), die polarisierenden Entwicklungen der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse, das Eindringen von Abstiegsbedrohungen und -ängsten bis in die Mitte der Sozialstruktur sowie tatsächlichen Abstiegen und schließlich den ambivalenten politischen Erscheinungsformen dieser Tendenzen eine breit angelegte kritische Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft und ihrer ökonomischen Grundlagen vorgelegt zu haben – und das des öfteren mit dem Blick über die deutschen Grenzen hinaus. Manche der Typisierungen – so etwa die zwischen der »sozialen Moderne« (an die sich der rezensierende Zeitgenosse nur sehr eingeschränkt als »sozial« erinnern

kann) und der »regressiven Modernisierung« (in der die neuen Formen manchmal überbetont wirken) – erscheinen etwas zu einfach konstruiert. Das kann allerdings die Diskussion über diese Analyse nur anfeuern. Sie lohnt sich, und Oliver Nachtwey ist der Anstoß dazu weitgehend gelungen.

⇒ Literaturverzeichnis

Crouch, Colin (2009): Privatised Keynesianism. An Unacknowledged Policy Regime, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 11, 382–399.

Crouch, Colin (2015): *Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht*, Berlin: Suhrkamp.

Nachtwey, Oliver / Staab, Philipp (2015): Die Avantgarde des digitalen Kapitalismus, in: *Mittelweg* 36, Jg. 24 H. 6, 59–84.

Nachtwey, Oliver / Staab, Philipp (2018): Das Produktionsmodell des digitalen Kapitalismus, Preprint für den Sonderband ›Soziologie des Digitalen. Digitale Soziologie‹ der Sozialen Welt.

Staab, Philipp / Nachtwey, Oliver (2016): Market and Labour Control in Digital Capitalism, in: *tripleC* 14 (2), 457–474. Online: <http://www.triple-c.at>.

Streeck, Wolfgang (2009): *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford: OUP.

Streeck, Wolfgang (2012): Citizens as Customers. Considerations on the New Politics of Consumption, in: *New Left Review* 76, 27–47.

Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp.

Rudi Schmiede, *1946, Prof. Dr. phil. habil., im Ruhestand, Institut für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt, Fachgebiet Arbeit, Technik und Gesellschaft (schmiede@ifs.tu-darmstadt.de).

Zitationsvorschlag:

Schmiede, Rudi (2018): Rezension: Digitaler Kapitalismus und Abstiegsgesellschaft – Philipp Staab und Oliver Nachtwey liefern Analysen und Erklärungsansätze. (Ethik und Gesellschaft 2/2018: Rechtsbrüche). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2018-rez-2> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2018: Rechtsbrüche

Benno Zabel

Das Wagnis der Freiheit. Recht, Politik und die Angst der Moderne

Judith Hahn

Entgrenzte Bukowina. Was ist und leistet Recht in einer normpluralistischen Perspektive?

Christian Polke

Vom Bruch im Recht. Kulturtheoretische Vorüberlegungen mit Ernst Cassirer

Franziska Dübgen

Rechtsbruch und Strafe. Gerechtigkeitstheoretische Erwägungen

Markus Babo

Das Asylrecht als sperrige Institution in der Rechtsordnung